

|               |       |     |
|---------------|-------|-----|
| EINGANG GR    |       |     |
| 13. JAN. 2010 |       |     |
| 08            | IN 35 | 188 |

+ 46

## INTERPELLATION

### Sicherheit im Thurgau mit Schengen

Im Juni 2005 hatte das Thurgauer Volk dem Bundesbeschluss „Abkommen zu Schengen und Dublin“ mit 55,6 Prozent Nein eine klare Absage erteilt. Vor gut einem Jahr, am 12. Dezember 2008, begann die operationelle Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens. Sie betraf unseren Kanton ganz besonders, denn seither sind die Personenkontrollen an der Grenze offiziell abgeschafft. Dafür schreiten jetzt Grenzbeamte mit intensivem Kontrollblick durch die Züge. Doch Zweifel sind erlaubt, ob sich die Sicherheitslage seither im Thurgau wirklich verbessert hat. Wie spielt die Zusammenarbeit zwischen Grenzschutz und Polizei? Wie „frei“ ist die Grenze heute wirklich? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Tatsache ist, dass im Zusammenhang mit Schengen nicht alle Probleme gelöst und etliche Fragen nicht ausreichend geklärt sind.

In dieser Situation gestatte ich mir, dem Regierungsrat die folgenden Fragen zu stellen:

1. Was hat Schengen nach Ansicht des Regierungsrates im Verhältnis zum deutschen Nachbarland verändert, möglicherweise gar verbessert?
2. Wie reagiert der Regierungsrat auf Eindrücke aus der Bevölkerung, wonach sich die Sicherheitslage nach dem Wegfall der Grenzkontrollen verschlechtert habe?
3. Wie ist die Aufgabenteilung zwischen Grenzschutzkorps und Kantonspolizei geregelt und wie gestaltet sie sich konkret?
4. Wie hat sich die Zahl der Festnahmen und der Zurückweisungen im Grenzbereich in den letzten zehn Jahren und speziell seit der Einführung von Schengen verändert?
5. Wie haben sich im Kanton Thurgau die organisierte Kriminalität und der Drogenhandel in den letzten zehn Jahren und speziell seit der Einführung von Schengen entwickelt?
6. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, damit die Akzeptanz der nach wie vor bestehenden Personenkontrollen an der Grenze verbessert werden kann?
7. Wie reagiert der Regierungsrat auf die Sicherheitsprobleme an den Zöllen, die sich durch zu schnelle Durchfahrten von Verkehrsteilnehmern ergeben?
8. Im welchem Thurgauer Rayon können deutsche Grenzschützer und Polizeibeamte heute flüchtende Personen verfolgen? Wie oft kommt das vor?
9. In welchem Rahmen kann die Grenzschutz bei fehlbaren Verkehrsteilnehmern Bussen erheben? Wohin fliessen diese Bussengelder?
10. Wie erklärt es der Regierungsrat, dass in Friedrichshafen bei der Ankunft der Bodensee-Fähre trotz Schengen systematisch Grenzkontrollen durchgeführt werden? Ist er bereit, dagegen bei den zuständigen Stellen zu intervenieren?
11. Inwiefern hat der Ruf der Kantonspolizei nach einer Bestandserhöhung mit Schengen zu tun?
12. Schengen gilt als „dynamischer“ Staatsvertrag, bei dem die Schweiz Weiterentwicklungen zu übernehmen hat. Wie viele dieser Weiterentwicklungen musste die Schweiz schon übernehmen? Welche wesentlichen Weiterentwicklungen sind in absehbarer Zeit zu erwarten? Inwiefern hat ein Grenzkanton wie der Thurgau mit seiner Polizeihochheit dabei eine Einflussmöglichkeit?

Arbon, 13. Januar 2010

Andrea Vonlanthen

*[Handwritten signatures]*

*[Handwritten signatures]*

*[Handwritten signatures]*

0/0

A. Bille - -

V. Aume

Krill

A. Zoso

~~R. Sch.~~

H. H.

P. J. L.

H. Li

P. H. H.

P. J. L.

A. W. L.

H. H. 72

P. H. L.

H. H. 72

H. H. 72

A. Oerel

H. H. 72

T. Kappeler

M. H. H.

V. Zoso

Krill

A. Zoso

~~R. Sch.~~

H. H.

P. J. L.

H. Li

P. H. H.

P. J. L.

A. W. L.

H. H. 72

P. H. L.

H. H. 72

H. H. 72

H. H. 72

## Begründung

Wer von Schengen spricht, spricht auch von der Europäischen Union und von einem Integrationsprozess, an dem sich die Schweiz nach und nach beteiligt und in den unweigerlich auch unser Kanton einbezogen ist. Als Nichtmitglied der EU gilt die Schweiz heute als „assoziierter“ Schengenstaat. Dieser Integrationsschritt soll die Länder und die Menschen im EU-Raum auf verschiedenen Ebenen einander näher bringen. Er soll ein Beitrag zur Erleichterung der Grundfreiheiten, insbesondere des freien Personenverkehrs innerhalb der EU, sein. Und er soll uns letztlich sicherer machen. Dazu wurden vor der eidgenössischen Volksabstimmung im Jahre 2005 gerade im Grenzraum erhebliche Zweifel geäussert, brachte Schengen doch den Abbau der Personenkontrollen. Diese Zweifel sind in der Zwischenzeit kaum ausgeräumt. Lassen sie sich allenfalls durch aktuelle Fakten mindern? Auch die Beunruhigung über eine wachsende Kriminalität von Ausländern ist in der Zwischenzeit kaum gewichen.

Dass das Grenzwachtkorps weiterhin seine zollpolizeilichen Aufgaben zu erfüllen hat und dabei auch Ausweise der Reisenden kontrolliert, wird offenbar nicht durchwegs akzeptiert. Das gleiche gilt für Kontrollen im Landesinnern. Es fragt sich, ob diese Kontrollen mit dem nötigen Fingerspitzengefühl und mit den entsprechenden Erklärungen durchgeführt werden. Für viele Leute hat sich an den Landesgrenzen noch zu wenig Wahrnehmbares verändert.

Das ist zum Beispiel auch in Friedrichshafen der Fall, wo die auf der Fähre ankommenden Passagiere immer wieder von strammen Beamten empfangen und kontrolliert werden. Ein Ostschweizer Nationalrat schreibt Anfang Januar dazu: „Ich war letzten Sonntag in Friedrichshafen. Nach der Ankunft der Fähre haben drei Zöllner die ankommenden Passagiere kontrolliert.“ Bewegt sich die Bodensee-Fähre etwa in einer Schengen-freien Zone?

Probleme ergeben sich auch im Fussgängerbereich, wie ein Unfall im Kreuzlinger Hauptzollamt belegt. Teils durchfahren Verkehrsteilnehmer die „freie Grenze“ am Zoll heute mit Tempo 50 – Tendenz steigend. Damit werden immer wieder Fussgänger, welche die Fahrbahn überqueren, gefährdet.

Schengen mag im Grenzraum Euregio Bodensee unter dem erklärten Titel „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ durchaus positive Entwicklungen herbeigeführt haben. Doch nach einem Jahr der Praxis ist es an der Zeit, offen, klar und ungeschminkt Bilanz zu ziehen und auch auf problematische Entwicklungen hinzuweisen. Dies erst recht in einem stark betroffenen Grenzkanton, der das Schengener Abkommen 2005 alles andere als begeistert aufgenommen hatte.